

Vorwort

Die vorliegende Materialsammlung dokumentiert das Schwerpunktthema „Die sozialen Herausforderungen der Gegenwart – Konsequenzen für die Kirche und ihre soziale Arbeit“ der 6. Tagung der X. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen am 8. April 2005.

Das Thema wurde vom Ausschuss für Diakonie und Soziales der Landessynode in Zusammenarbeit mit dem Fachverband der Kirchenkreissozialarbeit des Diakonischen Werkes vorbereitet.

Die Texte dieses Arbeitsmaterials mögen in den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und Werken Impulse geben, sich mit den gegenwärtigen sozialen Aufgaben auseinander zu setzen und sich der sozialen Verantwortung als Gemeinde Jesu Christi zu stellen.

Die soziale Arbeit, die konkrete Zuwendung zum Nächsten in Not wie auch das politische Engagement für menschenwürdige Lebensverhältnisse gehören zu den grundsätzlichen Aufgaben der Kirche. In den Kirchengemeinden muss dem diakonischen Handeln wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet und die bestehenden Hilfsangebote in den Beratungsstellen der Diakonie besser genutzt und angenommen werden.

Kerstin Rösel

Vorsitzende des Ausschusses für Diakonie und soziale Fragen
der Thüringer Landessynode

Inhalt:

| | Seite |
|---|-------|
| 1. Beschluss der Landessynode DS 2/14 | 3 |
| 2. Erklärung der Synode – Grundlegung DS 2/1 | 4 |
| 3. Prof. Ulfrid Kleinert – Thesen DS 2/9 | 9 |
| 4. Prof. Ulfrid Kleinert – Referat DS 2/7 | 10 |
| 5. Prof. Lutz – Referat DS 2/8 | 16 |
| 6. Beschluss der Landessynode zum Erhalt der Offenen sozialdiakonischen Arbeit DS 2/10 | 26 |
| 7. Leitbild Kirchenkreissozialarbeit | 28 |
| 8. Tee-Mobil Altenburg | 29 |
| 9. Altenburger essen gemeinsam | 30 |

**Beschluss der Landessynode zum Schwerpunktthema
Die sozialen Herausforderungen der Gegenwart –
Konsequenzen für die Kirche und ihre soziale Arbeit**

Die Landessynode hat am 9. April 2005 auf Antrag des Ausschusses für soziale Fragen und Diakonie beschlossen:

1. Die Landessynode sieht die größten sozialen Herausforderungen für unsere Gesellschaft in den demographischen Veränderungen, in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und in der weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich.
2. Deshalb begrüßt sie grundsätzlich den Reformwillen der politischen Verantwortungsträger und erwartet von den politischen Mandatsträgern, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft zu retten.
3. Sie fordert auf Bundes- und Landesebene eine familien- und kinderfreundliche Politik. Es ist ein Skandal, dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen. Die neue Sozialgesetzgebung muss insbesondere unter diesem Aspekt noch einmal überdacht und korrigiert werden.
4. Die Landessynode sieht viele ermutigende Beispiele des Engagements von Unternehmern in den Gemeinden und Kirchenkreisen. Sie erwartet von den kirchlichen Einrichtungen und Werken Angebote, dieses Engagement zu stärken. Die Landessynode fordert die Führungskräfte der Wirtschaft auf, die aus ihrer Stellung erwachsende Verantwortung für soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft stärker wahrzunehmen.
5. Die Landessynode hält es für unerlässlich, dass Gesellschaft und insbesondere Kirche die Ursachen und Folgen von Armut und Ausgrenzung stärker in den Blick nehmen. Es ist nötig, sich für eine Politik zu engagieren, die Benachteiligungen entgegenwirkt und zu mehr Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit führt.
6. Sie ruft die Gemeinden, Kirchenkreise und Kirchenleitung auf, der sozialen Arbeit einen ebenso hohen Stellenwert zukommen zu lassen wie den anderen Feldern der Gemeindegarbeit. Die Zukunft von Gemeinden wird zunehmend davon abhängen, wie es ihnen gelingt, sich den sozialen Herausforderungen vor Ort zu stellen. Dabei kommt dem Miteinander von Kirchengemeinde und diakonischer Einrichtung ebenso herausragende Bedeutung zu, wie der engen Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.
7. Sie empfiehlt den Kirchenkreisen, sich in der sozialen Arbeit über Prioritäten zu verständigen. Dazu wird den Kirchenkreisen ein zur Synode vorgelegtes Impulspapier (DS 2/1) als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich soll der Schwerpunkt auf gemeinde- und gemeinwesenorientierte diakonische Arbeit gelegt werden. Vor diesem Hintergrund betont die Landessynode die besondere Bedeutung der Kirchenkreissozialarbeit und wird sich auch künftig um eine angemessene Finanzausstattung bemühen.

*Die sozialen Herausforderungen der Gegenwart –
Konsequenzen für die Kirche und ihre soziale Arbeit*

(Erklärung der Synode)

0. Grundlegung
- 0.1 Die Kirche hat den Auftrag, in der Welt mit Wort und Tat das Evangelium von der Barmherzigkeit Gottes zu verkünden. Vor diesem Horizont nimmt sie Verantwortung für die Welt wahr, indem sie sich um Menschen in Not kümmert und sich für gerechte Verhältnisse einsetzt.
- 0.2 Sie muss deshalb die Wirklichkeit der Welt mit ihren Problemen aufmerksam wahrnehmen und nach Lösungsansätzen suchen, wie gesellschaftliche Strukturen und die Kultur des Zusammenlebens menschenwürdig gestaltet werden können.
- 0.3 Sie bringt das biblische Bild vom Menschen in die jeweiligen politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse ein.
- 0.4 Um Gottes und der Menschen willen warnt sie vor Fehlentwicklungen und wird dabei diesen kritischen Blick auch auf sich selbst gelten lassen.
- 0.5 Das eigene soziale Engagement vollzieht sich in der Schrittfolge: *Sehen – Urteilen – Handeln....*¹

¹ Die sozialetische Aufgabe kann – mit den Worten der Satzung des Evangelisch-sozialen Kongresses von 1892 – wie folgt beschrieben werden: Es sind „*die sozialen Zustände unseres Volkes vorurteilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstabe der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer zu machen als bisher.*“ Hier zitiert aus: Die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft: ein Quellenband / hrsg. von Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen, Gütersloh 1994.

1. Sehen

- 1.1 Die größten sozialen Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind die demographischen Veränderungen, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit der höchsten Zahl von registrierten Erwerbslosen in der Geschichte der Bundesrepublik und die weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich.
- 1.2 Die Bundesregierung ist angesichts dieser Herausforderungen dabei, den Sozialstaat umzubauen (→„Hartzgesetz“). Insbesondere „Hartz IV“ hat zu sehr vielen Diskussionen geführt.
 - 1.2.1 Mit „Hartz IV“ wurden nach dem Prinzip „Leistungen und Hilfen aus einer Hand“ strukturell Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Hilfesystem zusammengeführt. Diese Veränderung soll Doppelverwaltung abbauen und den Betroffenen ein Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern ersparen.
 - 1.2.2 Durch „Hartz IV“ haben alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger/-innen wieder einen direkten Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten.
 - 1.2.3 Die finanziellen Leistungen wurden dem Niveau der Sozialhilfe angepasst und liegen für bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger oftmals niedriger.
 - 1.2.4 „Hartz IV“ verbindet „Fordern“ und „Fördern“ mit der Zielstellung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) bietet eine Reihe von Eingliederungsleistungen an, verbindet diese aber sehr viel stärker als bisher mit Mitwirkungsforderungen. Finanzielle Leistungen werden gestrichen, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden.
- 1.3 Durch die Einkommensentwicklung der letzten Jahre ist die „Schere zwischen Arm und Reich“ immer weiter auseinander gegangen.
 - 1.3.1 Wie der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (März 2005) zeigt, sind Kinder nach wie vor ein Armutsrisiko. Jedes vierte Kind ist von Armut betroffen.
 - 1.3.2 In der Stellungnahme der Diakonie zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht wird darauf hingewiesen, dass Armut oft durch mehrere Belastungen verursacht wird: geringes Einkommen, ungesicherte und zudem schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung, chronische Erkrankungen, psychische Probleme, langandauernde Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, mangelnde Bildungschancen und unzureichende Hilfen.
 - 1.3.3 Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht geht deutlicher mehr auf die sozialen Schichten am unteren Rand der Gesellschaft ein als auf die am oberen Rand.

2. Urteilen

2.1 Die Reform des Sozialstaates ist von den Kirchen in der Vergangenheit mehrfach angeregt worden und gerade auch im Blick auf seine Zukunftsfähigkeit notwendig und längst überfällig.

2.2 Die Sozialreformen berühren drei sozioethische Grundfragen:

a) die Frage nach der Aufgabe und den Grenzen des Sozialstaates sowie demgegenüber die Verantwortung des Individuums für sich selbst und gegenüber der Gesellschaft,

b) die Frage nach der Bedeutung und Rolle von Arbeit

und damit zusammenhängend Fragen der Erwerbsarbeit und ihrer Zukunft,

c) die Frage nach Gerechtigkeit, also die Bedeutung von Menschenrechten, bürgerlichen Rechten und innergesellschaftlicher Gerechtigkeit.

zu a) Mit den „Hartzgesetzen“ wird versucht, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken, seine Eigeninitiative zu fördern und Langzeitarbeitslose wieder zu integrieren. Es wird festgehalten an der Aufgabe des Sozialstaates, bei Verlust der Möglichkeit oder auch Fähigkeit zu einer Erwerbsarbeit, für eine materielle Grundsicherung Sorge zu tragen. Jedoch ist zu prüfen, inwieweit die angesetzten Hilfeleistungen hinreichend sind. Zudem stellt sich die Frage, wie die Vermögenden ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden.

zu b) Es bleibt berücksichtigt, dass es zum Wesen und zur Würde des Menschen gehört, einer Arbeit nachzugehen, durch die er für sich selbst sorgen und die Welt mitgestalten kann. Es soll niemand „abgespeist“ und ausgegrenzt werden. Doch ist derzeit kaum abschätzbar, ob angesichts der ökonomischen Entwicklungen das „Fordern und Fördern“ auch zu seinem Ziel führen kann, zumal derzeit der Eindruck besteht, dass die Förderinstrumente kaum eingesetzt werden. Dabei könnten die Eingliederungsleistungen, z. B. die Arbeitsgelegenheiten, helfen, Menschen wieder den Zugang zur Erwerbsarbeit zu erleichtern. Aber: Das „Fordern und Fördern“ schafft selbst keine Arbeitsplätze. Die Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeit und nach der gesellschaftlichen Anerkennung anderer Arbeit wird immer zentraler.

Das neue Sozialgesetzbuch II bleibt letztlich zu sehr auf die Arbeitsmarktintegration konzentriert und berücksichtigt zu wenig andere soziale Probleme (vgl. Stellungnahme der Diakonie zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht). Aufgrund der Ergebnisse der Armutsforschung (Armut ist Folge mehrerer zugleich auftretender Belastungen) müssen ganzheitliche Hilfskonzepte erarbeitet und die basisnahen Hilfsmöglichkeiten verstärkt werden.

zu c) Nur wenn das Ziel einer ausreichenden Existenzsicherung angestrebt wird, liegt die Reform auf der Linie des biblischen Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit, das sich an der Existenzsicherung und den Partizipationsmöglichkeiten der Armen und Schwachen orientiert. Die Auswirkungen von den Reformen sind daraufhin zu prüfen, inwieweit sie zu einem größeren Maß an Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit oder ob sie wieder zu neuen Benachteiligungen einzelner Bevölkerungsgruppen führen.

Da gerade Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft relativ stark von Armut betroffen sind und sie nicht selten die Armut (mit all ihren Begleiterscheinungen) vererbt bekommen, müssen die Entwicklungs- und Beteiligungschancen von Kindern verbessert werden. Angesichts der Tatsache, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat, muss eine der Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Gesellschaft sich wieder stärker auf eine Politik des sozialen Ausgleichs besinnen.

- 2.3 Der Reformprozess des Sozialstaates muss von der Kirche als Anwältin der Schwächsten einer Gesellschaft kritisch begleitet werden.

3. Handeln

3.1 Kirchenleitungen, Gemeinden und Diakonie müssen sich an den politischen Meinungsbildungsprozessen beteiligen, die Gemeindeglieder zu Mitsprache und Mitverantwortung ermutigen und Orientierung gebend öffentlich Stellung beziehen (vgl. Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: „Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität“ aus dem Jahre 1997).

3.2 Im Blick auf die angesprochenen sozialetischen Fragen ist darauf hinzuweisen:

a) Die Spannung zwischen der Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und für das Gemeinwesen einerseits und die Verantwortung des Gemeinwesens für den Einzelnen andererseits darf nicht nach einer Seite hin aufgelöst werden.

b) Es bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, für möglichst viele einen Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Angesichts der anhaltenden Krise des Arbeitsmarktes sollten wir allerdings in der Gesellschaft die Aufmerksamkeit noch stärker auf alle Arbeit lenken, die nicht Erwerbsarbeit ist, und ihr die notwendige Anerkennung zukommen lassen (z. B. durch Wertschätzung und Förderung des Ehrenamtes oder die noch stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten als Familienarbeitszeit).

c) Gerechtigkeit entsteht dort, wo Menschen die Fähigkeiten und die Möglichkeiten haben, sich sowohl in die Gesellschaft einzubringen als auch am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Benachteiligungen müssen benannt werden. Insbesondere muss auf eine Verbesserung der Situation für Familien bzw. Alleinerziehende mit mehreren Kindern hingewirkt werden.

Die Fähigkeit, Ursachen und Formen von Armut und Ausgrenzung wahrzunehmen, muss immer wieder neu erlernt werden.

3.3 Jede Kirchgemeinde ist immer auch zugleich diakonische Gemeinde. Deshalb kommt neben den kirchenmusikalischen, pädagogischen und seelsorgerlichen Aufgaben der sozialen Arbeit ein hoher Stellenwert zu. Die Zukunft von Kirchgemeinden wird zunehmend davon abhängen, wie es ihnen gelingt, sich der sozialen Herausforderungen vor Ort zu stellen. Dabei kommt dem Miteinander von Kirchgemeinde und diakonischer Einrichtung herausragende Bedeutung zu. In Umsetzung des Diakoniesgesetzes sollen in den Gemeinden und Kirchenkreisen Verantwortliche für Diakonie benannt und unterstützt werden.

3.4 Bei der Förderung der sozialen Arbeit in einer Region muss sich über Prioritäten verständigt werden. Vorrang sollte eine gemeinde- und gemeinwesenorientierte diakonische Arbeit haben mit dem Auftrag, Projekte zu initiieren und zu begleiten, die beispielhaft soziale Missstände aufgreifen und ihnen entgegenwirken. Die Ziele sind:

- soziale Kompetenzen stärken,
- Ausgrenzungen entgegenwirken,
- mehr Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit anstreben.

Thesen Prof. Ulfrid Kleinert

**Barmherzigkeit und Gerechtigkeit –
was sie für die Kirche und ihre soziale Arbeit bedeuten
angesichts der sozialen Herausforderungen heute**

1. Barmherzigkeit ist die Realisierung der persönlichen emotionalen und kognitiven Fähigkeit, sich in die Notlage eines anderen hineinzusetzen und aus dem Mitempfinden mit dem anderen heraus unter Nutzung der (dem anderen und einem selbst) gegebenen Möglichkeiten mit dem Ziel der Überwindung der Notlage - in der Regel zeitlich begrenzt - zu handeln. Institutionen können „barmherzig“ genannt werden, wenn sie ihren Mitgliedern einen die Entwicklung und Realisierung dieser Fähigkeit fördernden Rahmen zur Verfügung stellen.
2. Auf Barmherzigkeit *folgt* Gerechtigkeit. Leidenschaft für den Nächsten will dessen Gleichberechtigung, nicht seine dauerhafte Abhängigkeit. Deshalb wird aus Barmherzigkeit um Gerechtigkeit gekämpft. Gerechtigkeit ist das Ziel der Barmherzigkeit.
3. Zur Barmherzigkeit gehört die Möglichkeit engagierten politischen Handelns.
4. Solange die Welt nicht heil ist, solange wir noch einen „neuen Himmel und eine neue Erde erwarten, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petrus 3,13), brauchen wir die zugleich leidenschaftlich empfindende und aufgeklärt handelnde Barmherzigkeit, die immer neu auf die Fährten der Gerechtigkeit führt und die das, was Gerechtigkeit heißt, mit Leben erfüllt.
5. Die sensible Empfindsamkeit und die Kraft zum Handeln, die sich in der Barmherzigkeit zeigt, verdankt sich einer Geschichte, die vor uns angefangen hat und an der wir teilhaben. Sie ist uns als die Geschichte Gottes mit seinem Volk und mit seiner Schöpfung überliefert.
6. Gerechtigkeit bedeutet parteinehmendes Engagement zugunsten eines sonst nicht gleichberechtigten Mitglieds der Gemeinschaft; es dient der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft selbst.
7. Gerechtigkeit in der Wahrnehmung (des Reiches) Gottes ist offensichtlich eine ausgleichende Gerechtigkeit, in der jeder zu einem gleichberechtigten Mitglied der Gemeinschaft wird und jeder – unabhängig von Leistungen – das Lebensnotwendige erhält.
8. Auf dem Weg zu Gottes Reich bauen Christen und ihre Kirchen schon heute mit an einem nicht in den Sand gesetzten Haus der Gerechtigkeit, dessen Fundament die Teilhabegerechtigkeit zusammen mit Befähigungs- und Bedarfsgerechtigkeit bildet, dessen Stockwerke je nach Entwicklung der Tauschgerechtigkeit des Marktes unterschiedlich hoch sind und dessen Dach die interkreative und die intergenerative Gerechtigkeit bildet. Sie werden dabei motiviert von einer leidenschaftlichen Barmherzigkeit, die ihnen zuteil geworden ist und die sie inspiriert.

Referat Prof. Ulfrid Kleinert

**Barmherzigkeit und Gerechtigkeit –
was sie für die Kirche und ihre soziale Arbeit bedeuten
angesichts der sozialen Herausforderungen heute**

Barmherzigkeit und Gerechtigkeit – es ist ein altes und oft bedachtes Thema, das Sie mir gestellt haben im Zusammenhang der Frage nach den Aufgaben der Kirche und ihrer sozialen Arbeit angesichts der sozialen Herausforderungen heute. Ich kann in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur einige zentrale Aspekte in Thesen vorstellen und beispielhaft erläutern.

Erster Teil

Ich beginne mit einer Klärung dessen, was Barmherzigkeit bedeutet.

Friedrich Nietzsches Wort „Von den Mitleidigen“ aus seinem Buch „Also sprach Zarathustra“ kann uns hier auf die Sprünge helfen. Nietzsche lässt Zarathustra sagen: „*Wahrlich, ich mag sie nicht, die Barmherzigen, die selig sind in ihrem Mitleid; zu sehr gebricht es ihnen an Scham ... Denn dass ich den Leidenden leiden sah, dessen schämte ich mich um seiner Scham willen; und als ich ihm half, da verging ich mich hart an seinem Stolze ... Ich bin ein Schenkender: gern schenke ich, als Freund den Freunden. Fremde aber und Arme mögen sich die Frucht selber von meinem Baume pflücken: so beschämt es weniger. Bettler aber sollte man ganz abschaffen! Wahrlich, man ärgert sich, ihnen zu geben und ärgert sich, ihnen nicht zu geben*“ (Friedrich Nietzsche Werke in drei Bänden hg. von Karl Schlechte Bd. 2, München 1960 2. Aufl. S.346f)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen mit diesem Zarathustra des Rökkener Pfarrerssohns geht. Mir gefällt er seit meiner Pubertätszeit, auch heute noch. Er hat sehr gut verstanden, als was Barmherzigkeit manchmal daherkommt. Aber er hat so gut wie gar nicht verstanden, was Barmherzigkeit biblisch bedeutet. Da geht es nämlich nicht um Almosen, die gnädig von oben nach unten gereicht werden (obwohl die Etymologie des deutschen Wortes „Almosen“, das sich vom griechischen Wort für Erbarmen „eleomosynä“ herleitet, das nahe legt). Barmherzigkeit ist vielmehr das intensive Gefühl, sich in die Not-Lage eines anderen zu versetzen, sich mit ihm zu identifizieren, gepaart mit einer Handlung, die aus der Not herausführt. Genau das charakterisiert den fremdgläubigen Ausländer, der den Weg durch die Wüste von Jerusalem nach Jericho geht und der anders als zuvor Priester und Levit den unter die Räuber Gefallenen nicht nur liegen sieht, sondern der mit ihm fühlt („er hatte Erbarmen mit ihm“, heißt es) und der zupackt (er tut das Lebensnotwendige, bevor er wieder seiner Wege geht, wird berichtet). Das hebräische Haupt-Wort für Barmherzigkeit (neben hāsād) lautet richam. Es wird auch für das Organ, in dem Leben entsteht, gebraucht: richam bedeutet auch Gebärmutter. Barmherzigkeit heißt, dass ich ganz tief beim anderen bin, seine Gefühle teile, in diesem Sinn mit-leide, aber zugleich auch, dass ich es nicht dabei belasse, sondern aus diesem tiefen Mit-Gefühl heraus als eine/r, der/die in dieser Situation Handlungsmöglichkeiten hat, die dem anderen nicht zugänglich sind, tätig werde.

Barmherzigkeit im ursprünglichen Sinn hat nichts mit Schamlosigkeit der Besitzenden zu tun, „sondern ist ein Verhalten unter Menschen, in dem das Herz des einen für den anderen schlägt und für ihn tätig wird“ (Ulfrid Kleinert Barmherzigkeit erhöht ein Volk, Gastvorlesung in Wladiwostok in: Herausforderung „neue Armut“, Leipzig 1996 S. 10).

In der Situation der Barmherzigkeit denke ich nicht an mich, sondern bin ich ganz beim anderen und tue das für ihn Notwendige. Das Ganz-beim-anderen-Sein soll und kann freilich kein Dauerzustand sein, sondern geschieht von Fall zu Fall, eben situativ. Der Samariter hat im Augenblick der Nächstenliebe nur den Blick für den anderen, aber spätestens in der Herberge denkt er wieder an sich selbst und zieht seiner Wege.

Ich fasse das Gesagte in einer *1. These* zusammen und bitte, mir die notwendige Abstraktheit der Formulierung nachzusehen:

Barmherzigkeit ist die Realisierung der persönlichen emotionalen und kognitiven Fähigkeit, sich in die Notlage eines anderen hineinzusetzen und aus dem Mitempfinden mit dem anderen heraus unter Nutzung der (dem anderen und einem selbst) gegebenen Möglichkeiten mit dem Ziel der Überwindung der Notlage - in der Regel zeitlich begrenzt - zu handeln. Institutionen können „barmherzig“ genannt werden, wenn sie ihren Mitgliedern einen die Entwicklung und Realisierung dieser Fähigkeit fördernden Rahmen zur Verfügung stellen.

Von dieser Definition ausgehend möchte ich mit Ihnen einen ersten Schritt zur Verhältnisbestimmung von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gehen.

Wir können dabei den Fall des Samariters erneut aufgreifen. Die Barmherzigkeit, die der Samariter dem Verletzten gegenüber praktizierte, wurde nämlich im Laufe der Menschheitsgeschichte zu einem Recht des Verletzten. So heißt es in unserem Strafgesetzbuch in § 323c im Abschnitt „Unterlassene Hilfeleistung“: „Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten ... ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft“. Was zuerst Barmherzigkeit war, wurde mit guten Gründen (allerdings auch mit Einschränkungen, die das Lebensrecht des Hilfeleistenden sichern sollen! Hierzu gehört auch der im Zitat ausgelassene Zusatz in § 323c „insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich“) zur Gerechtigkeit!

Ähnlich erging es Vereinen für Innere Mission im 19. Jahrhundert: ihre Mitglieder ließ die Not der Zeitgenossen nicht kalt, sie handelten aus Barmherzigkeit. Aber es war gut, dass daraus den von ihnen Geholfenen Rechte erwachsen, die sie zu gleich-berechtigten Bürgern machten.

Auch die ersten Akteure der Hospizbewegung handelten aus leidenschaftlicher Anteilnahme am Geschick von Sterbenden. Inzwischen setzen sich - Dank deren Aufmerksamkeit! - viele Menschen für ein Recht auf würdiges Sterben ein; in unserem Land sind erste gesetzliche Voraussetzungen und geeignete Institutionen dafür geschaffen worden.

Für die Kirchenasylbewegung gilt ähnliches: zunächst haben sich Christen für einzelne Ausländer eingesetzt, deren Abschiebung ihnen unmenschlich, unwürdig und gefährlich erschien, und sie in ihren Häusern und Gemeinden aufgenommen; dann haben sie um ihre Rechte gekämpft, ihnen oft Bleiberecht verschafft und den Abbau des Asylrechts in unserem Land zumindest erschwert.

Alle diese Beispiele zeigen: Barmherzige sind innovativ, sie packen an, wo es noch keine gesellschaftlichen Problemlösungen gibt; sie machen auf Probleme aufmerksam, die gesellschaftlich gelöst werden müssen.

Meine 2. *These* lautet deshalb:

Auf Barmherzigkeit folgt Gerechtigkeit. Leidenschaft für den Nächsten will dessen Gleichberechtigung, nicht seine dauerhafte Abhängigkeit. Deshalb wird aus Barmherzigkeit um Gerechtigkeit gekämpft. Gerechtigkeit ist das Ziel der Barmherzigkeit.

Nietzsches Zarathustra antworten wir jetzt: Ja, du hast recht, Fremde und Arme sollen nicht Bettler sein und bleiben; aber sie sollen auch nicht mir oder anderen von unseren Bäumen die Frucht stehlen müssen, sondern sie sollen ein Recht auf eigene Fruchtbäume haben! *Dafür* setzen sich Barmherzige ein.

Aus Barmherzigkeit entspringt Gerechtigkeit! Eine in letzter Zeit von vielen Seiten geforderte „neue Kultur der Barmherzigkeit“ lenkt nicht ab von notwendiger Gerechtigkeit oder ersetzt sie gar, sondern fordert sie ein.

Meine 3. *These* schließt sich folgerichtig an:

Zur Barmherzigkeit gehört die Möglichkeit engagierten politischen Handelns.

Wenn der Samariter merkt, dass nicht nur sein Klient zwischen Jerusalem und Jericho unter die Räuber fällt, sondern auch andere, wird er, sofern er weiter denkt, prüfen, was getan werden kann, um die Straße besser zu sichern oder Räuber und Gesellschaft zu verändern.

Weil Dietrich Bonhoeffer leidenschaftlich am Geschick der Juden im 3. Reich Anteil nahm, also aus tief verstandener Barmherzigkeit, hat Dietrich Bonhoeffer schon im April 1933 in seinem Text „Die Kirche vor der Judenfrage“ die Möglichkeit erwogen, „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer-Auswahl Bd. 2 S.26 / Ges. Schriften Bd. 2 S.44-53). So muss Barmherzigkeit, weil sie nicht nur ein Gefühl, sondern auch überlegtes Handeln ist, sich womöglich in eine riskante politische Auseinandersetzung hineinbegeben. Dietrich Bonhoeffer ist ihr nicht ausgewichen. (Morgen jährt sich zum 60. mal der Tag, an dem er noch in den letzten Kriegstagen im KZ Flossenbürg ermordet wurde).

Wir haben bisher unser Thema aus der Perspektive der Barmherzigkeit betrachtet und dabei gesehen, wie Barmherzigkeit zum Motiv, zum Beweggrund und Motor der Gerechtigkeit wird, wie durch sie Gerechtigkeit geweckt und lebendig erhalten wird.

Solange die Welt nicht heil ist, solange wir noch einen „neuen Himmel und eine neue Erde erwarten, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petrus 3,13), brauchen wir die zugleich leidenschaftlich empfindende und aufgeklärt handelnde Barmherzigkeit, die immer neu auf die Fährten der Gerechtigkeit führt und die das, was Gerechtigkeit heißt, mit Leben erfüllt. Das ist meine 4. *These*.

Bevor ich nun die Perspektive wechseln und von der Gerechtigkeit her unser Thema in den Blick nehmen kann, muss ich endlich danach fragen, woher sich denn unsere Barmherzigkeit speist, was sie weckt, fördert, stärkt. Was lässt uns die Not des anderen sehen, was öffnet unser Herz und was weckt unsere Leidenschaft für ihn?

Eine schnelle theologische Antwort auf diese Frage bleibt mir erst einmal im Halse stecken, wenn ich daran denke, dass der Samariter damals als ungläubig bzw. nicht der richtigen Konfession zugehörig galt. Dennoch: er gehört zum Volk Gottes und versteht sich wie alle anderen Menschen als Gottes Geschöpf.

Auch für ihn gilt die Geschichte der Befreiung; an deren Beginn steht, dass Gott „das Elend seines Volkes gesehen und den Klageschrei über ihre Treiber gehört hat und dass er herabgestiegen ist, sie aus der Gewalt der Ägypter zu erretten“ (Ex. 3,7f). Gott selbst ist also barmherzig: er nimmt wahr, was seinem Volk – und ich erweitere jetzt: was seiner Schöpfung – geschieht, er empfindet mit und handelt entsprechend. So wird Gott selbst zum Anstifter, was von ihm erzählt wird, wird zur Anstiftung einer Barmherzigkeitskultur. Der die Geschichte vom barmherzigen Samariter erzählt, wird seit der Zeit der alten Kirche bis heute selbst als Samariter der Menschen verstanden, die sich in seinem Namen versammeln.

Deshalb lautet die 5. *These* – sie ist die letzte These dieses ersten Teils meines Referats -: **Die sensible Empfindsamkeit und die Kraft zum Handeln, die sich in der Barmherzigkeit zeigt, verdankt sich einer Geschichte, die vor uns angefangen hat und an der wir teilhaben. Sie ist uns als die Geschichte Gottes mit seinem Volk und mit seiner Schöpfung überliefert.**

Zweiter Teil

Ich möchte nun hinübergehen und die Perspektive wechseln, also nicht mehr von der Barmherzigkeit her zu unserem Thema sprechen, sondern von der Gerechtigkeit her.

Wir sind vorhin von einer aus dem biblischen Sprachgebrauch gewonnenen Definition von Barmherzigkeit ausgegangen, haben aber noch nicht genauer bestimmt, was denn Gerechtigkeit bedeutet. Ein Blick in die Theologie- und Philosophiegeschichte zeigt, dass Gerechtigkeit zu definieren ein schwieriges, konfliktreiches Unterfangen ist.

Ich versuche es dennoch und orientiere mich dabei 1. an Erkenntnissen der alttestamentlichen Wissenschaft, 2. an einer Geschichte von Gottes Reich, die Jesus erzählt hat und 3. an einem Resümee der Diskussion evangelischer Sozialethik.

1. Wenn in unseren deutschen Übersetzungen der Bücher des Alten Testaments das Wort „Gerechtigkeit“ auftaucht, steht im hebräischen zumeist das Wort Zedaqa. Dabei handelt es sich nach Klaus Koch „um den Inbegriff eines höchsten ethischen Prinzips für gesellschaftliches und religiöses Verhalten“. Genauer wäre „eine Übersetzung mit „Gemeinschaftstreue“, doch signalisiere dieses Wort „deutschen Ohren nicht den hohen Wert in der ethischen Beurteilung“. Die Übersetzung „Gerechtigkeit“ sei insbesondere deshalb missverständlich, weil es nicht um strafendes Verhalten gehe und es sich auch nicht auf eine Tugend der Richter beziehe, „sondern auf Beschaffenheit und Geschick derjenigen Streitpartei, die zu unrecht in eine gerichtliche Auseinandersetzung verwickelt worden ist“; es gehe um „den parteilichen Einsatz zugunsten dessen, dessen Stellung in der Rechtsgemeinde zu Unrecht erschüttert worden ist“ (Klaus Koch Zādāq und Maat in: Jan Assmann/Bernd Janowski/Michael Welker Gerechtigkeit, München 1998 S.41f).

Auf eine 6. *These* gebracht, heißt das:

Gerechtigkeit bedeutet parteinehmendes Engagement zugunsten eines sonst nicht gleichberechtigten Mitglieds der Gemeinschaft; es dient der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft selbst.

Entsprechend versteht der 82. Psalm die Aufgabe des wahren Gottes darin, dafür zu sorgen, „dem Elenden und Bedürftigen Gerechtigkeit zu verschaffen, den Geringen und Armen zu befreien, ihn aus der Gewalt der Frevler zu erretten“ (V.3f). Die anderen Götter, die diese Parteinahme nicht praktizieren, werden im Gerichtsprozess, den Israels Gott mit ihnen führt, zur Sterblichkeit verurteilt (V.7) (vgl. hierzu Jürgen Moltmanns Predigt über Psalm 82, veröffentlicht in: Evangelische Theologie 61/2001 S. 147-153; dass der Psalm das Engagement der ägyptischen Maat und des Pharaos und seiner Beamten zugunsten der Hungrigen, Durstigen und Nackten übersieht, sei in Klammern vermerkt; der Maat geht es um die Aufrechterhaltung einer hierarchischen Ordnung, in der auch die Armen leben können, freilich ohne gleich(-) berechtigt zu werden). Im Übrigen weise ich darauf hin, dass dasselbe Urteil über Adam und Eva gefällt wurde nach dem Essen der verbotenen Frucht.

2. Eine ungewöhnliche Parteinahme steht auch im Mittelpunkt einer Geschichte, in der Jesus erläutert, wie es in Gottes Reich zugeht. Wir finden sie am Anfang von Matthäus 20; sie handelt von Tagelöhnern, die ein Weinbergsbesitzer anheuert. Mit den am frühen Morgen Eingestellten vereinbart er den akzeptablen Lohn von einem Denar, mit dem der Tagesbedarf einer Familie gedeckt werden kann. Am Abend erhalten nun auch die nur für die letzte Arbeitsstunde Eingestellten vor den Augen der Ersten einen Denar. Die Geschichte endet mit den Sätzen:

Als die Ersten dran sind, meinen sie, sie würden mehr bekommen. Auch sie erhalten einen Denar.

Als sie das Geld erhalten haben, schimpfen sie auf den Gutsherrn und sagen: „Die Letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleich gemacht, obwohl wir doch die Last und Hitze des ganzen Tages getragen haben!“ Der Gutsherr antwortet, wobei er einen von ihnen anredet: „Freund, ich tue dir nicht unrecht. Haben wir beide nicht einen Denar als Lohn verabredet? Nimm das, was dir gehört, und sei zufrieden. Ich will aber dem Letzten auch so viel geben wie dir.... Schielst du neidisch auf den anderen, weil ich (ihm) gut bin?“

Die Geschichte ist vielerorts ausgelegt, christologisch und sozialetisch interpretiert und kontrovers diskutiert worden (vgl. insbesondere die Bibelarbeiten auf dem Leipziger Kirchentag, darunter die von Jürgen Ebach „Verrückte Hierarchie“, abgedruckt in: Junge Kirche 58/1997 S.474-489, und die sorgfältige Analyse von Friedrich Avemarie „Das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg – eine soziale Utopie?“ in: Evangelische Theologie 62/2002 S.272-287)

Ich möchte auf zwei Aspekte hinweisen.

Wer die Geschichte zum ersten Mal hört, soll offensichtlich bei der Auszahlung am Ende des Tages mit den Arbeitern der ersten Stunde denken und fühlen; dass der im Blick auf den vereinbarten Arbeitslohn korrekt bezahlende, also gerechte Weinbergsbesitzer zu den später Angeheuerten so großzügig ist, wird uns zumindest zunächst ärgerlich sein. Dass die andere, die weniger gearbeitet und nicht die Hitze des Tages getragen haben, genauso viel bekommen; dass der gerechte Arbeitgeber ihnen gegenüber so gütig, so barmherzig ist, dass auch sie das für den nächsten Tag Nötige erhalten, stört unser Gerechtigkeitsgefühl. Ein neuer, ein fremder Maßstab scheint in Gottes Reich zu gelten. Zumindest irritiert uns das. Wollen wir denn wirklich, dass der gerechte Gott barmherzig ist und alle – unabhängig von ihrer Arbeitsleistung – das Lebensnotwendige erhalten? Wie soll sich da denn Leistung (wieder) lohnen?

Ein zweiter Aspekt im Blick auf unser Thema ist mir wichtig. Die Geschichte stellt die Frage danach, was denn gerecht ist. Das ist offensichtlich zwischen dem Weinbergsbesitzer und den Arbeitern der ersten Stunde strittig. Der Weinbergsbesitzer hält sich für gerecht, weil er pünktlich den vereinbarten und keineswegs schlechten Lohn bezahlt. Die Arbeiter halten ihn für ungerecht, weil die anderen mit viel geringerer Arbeitsleistung genauso viel erhalten. Schließen sich Gerechtigkeit und Barmherzigkeit also gegenseitig aus? Oder waltet hier eine andere, eine höhere Gerechtigkeit, in der Raum für Barmherzigkeit ist?

Ich formuliere eine 7. These:

Gerechtigkeit in der Wahrnehmung (des Reiches) Gottes ist offensichtlich eine ausgleichende Gerechtigkeit, in der jeder zu einem gleichberechtigten Mitglied der Gemeinschaft wird und jeder – unabhängig von Leistungen – das Lebensnotwendige erhält.

3. Damit komme ich zu einem Resümee der sozialetischen Diskussion. Ich folge dabei Traugott Jähnichen und stelle Ihnen das „Haus der Gerechtigkeit“ vor, wie er es in seinem Beitrag „Gerechtigkeit in Theologie und Diakonie“ entworfen hat (in: Michael Schibilsky / Renate Zitt (Hg) Theologie und Diakonie, Gütersloh 2004 S. 112-120, insbesondere S.115-120).

Das *Fundament* des Hauses der Gerechtigkeit ist für Jähnichen die *Teilhabegerechtigkeit*. Sie meint die „Generalisierung des Anspruchs auf Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft“ (Franz-Xaver Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaats, Ffm 1997 S.34, zitiert bei Jähnichen S. 115) Konditionale Güter zur Realisierung dieser Teilhabegerechtigkeit sind Recht, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, für die ein bestimmtes Niveau von Anrechtsgarantien für jeden Bürger gewährleistet sein muss. Die Teilhabegerechtigkeit wird konkretisiert in der *Befähigungsgerechtigkeit*, die allen „eine zumindest elementare Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“. Außerdem gehört zu ihr eine *Bedarfsgerechtigkeit*, also die „Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums“. Angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit) ist hier die Sicherung der materiellen Existenz unabhängig von Erwerbsarbeit durch ein entsprechendes Grundeinkommen zu diskutieren.

In diesem Bereich des Fundaments des Hauses der Gerechtigkeit geht es um Parteinahme für die Benachteiligten, um die Sicherung ihrer materiellen und sozialen Existenz. Was Gottes Handeln in Psalm 82 und Mt. 20 (im Bild des Weinbergbesitzers sahen Jesu Zeitgenossen Gott) auszeichnet, wird hier analog vom Menschen erwartet. Jähnichen verweist auf das „Eintreten für die elementaren Lebensrechte des Nächsten“, wie es in Jesu Gleichnis vom Weltgericht (Mt. 25,12ff) beschrieben werde. Er resümiert: „Teilhabe-, Befähigungs- und Bedarfsgerechtigkeit markieren das Fundament eines theologisch-sozialethisch begründbaren Verständnisses von Gerechtigkeit.“

Geht es beim Fundament um ausgleichende Gerechtigkeit, so sind die *Stockwerke* des Hauses von einer *Tauschgerechtigkeit* bestimmt. Für diese Tauschgerechtigkeit muss es zwar gleiche Verfahrens- und Spielregeln für alle geben – und auch gleiche Möglichkeiten, die Spielregeln zu bestimmen! -, aber innerhalb der Spielregeln werden gesellschaftliche Ungleichheiten produziert. Hier hat leistungsfördernde Konkurrenz ihren Platz. Die Stockwerke sind der Tummelplatz des Marktes. Sie können wachsen, er kann sich entfalten, wenn das Fundament gesichert - und das Dach in Ordnung ist!

Das *Dach* des Hauses, das alles schützt und für die Zukunft sichert, ist, so Jähnichen mit Recht, die *intergenerative Gerechtigkeit* und die *Mitweltgerechtigkeit*. Sie sorgen für die Erfüllung des Kriteriums der Nachhaltigkeit und also der Zukunftsfähigkeit unserer Welt. Schließlich haben auch unsere Mitgeschöpfe Lebensrechte und kommende Generationen stehen wie uns heute Teilhabe- und Bedarfchancen sowie aus Leistung resultierende Rechte zu.

Ich stelle das sozialethisch gebotene Haus der Gerechtigkeit zusammenfassend in einer alle vorhergehenden Thesen einbeziehenden 8. These vor:

Auf dem Weg zu Gottes Reich bauen Christen und ihre Kirchen schon heute mit an einem nicht in den Sand gesetzten Haus der Gerechtigkeit, dessen Fundament die Teilhabegerechtigkeit zusammen mit Befähigungs- und Bedarfsgerechtigkeit bildet, dessen Stockwerke je nach Entwicklung der Tauschgerechtigkeit des Marktes unterschiedlich hoch sind und dessen Dach die interkreative und die intergenerative Gerechtigkeit bildet.

Sie werden dabei motiviert von einer leidenschaftlichen Barmherzigkeit, die ihnen zuteil geworden ist und die sie inspiriert.

Damit diese letzte These nicht nur ein schöner pathetischer Schluss ist, sondern konkret in unserer Kirche Gestalt gewinnt, bedarf es des gemeinsamen und miteinander verbundenen Engagements der Gemeinden und der Werke, der Mitglieder und der Mitarbeiter, der Ehren- und der Hauptamtlichen, der Theologen und der Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler. Ich wünsche dieser und der zukünftig mit Magdeburg gemeinsamen Synode, dass sie dafür geeignete Personal- und Organisationsstrukturen (weiter) entwickelt. Ein Vorschlag dafür ist von einem aus den drei Landeskirchen bzw. Diakonischen Werken von Thüringen, KPS und Anhalt gebildeten diakonischen Ausschuss erarbeitet worden; er liegt zur weiteren Verwendung vor.

Referat Prof. Ronald Lutz Zwischen Suppenküche und Protest

Einstieg

Zweifellos: Es gibt das Soziale, doch es scheint Geschichte zu werden! Mit schwerem Gerät ist man zumindest dabei die Fundamente zu zerstören. Der Verlust ist schon jetzt schmerzlich - doch wirklichen Protest dagegen kann ich nicht erkennen, außer den Montagsdemonstrationen aus dem letzten Jahr, außer kritischen Anmerkungen in der Presse, außer der Verzweiflung direkt Betroffener.

Meine erste Analyse: Die Gesellschaft scheint sich damit zu arrangieren.

Dennoch oder zum Entsetzen: Es gibt urplötzlich eine Debatte über neue Unterschichten, ausgelöst durch den Clown der Nation, Harald Schmidt, der vom „Unterschichtenfernsehen“ sprach und damit auf eine Tatsache hinwies, die allen bekannt ist: Weit über 5 Millionen Bundesbürger sind arbeitslos und viele von ihnen sitzen tagsüber vor den Shows und Gerichtssendungen der privaten Anbieter. Diese zeigen ihnen dabei nur, dass sie nicht allein sind.

In dieser Debatte wird aber schlagartig deutlich: auch die Mittelschichten können sich nicht mehr zurück lehnen und auf die da unten schauen.

Der Verlust des gut bezahlten Arbeitsplatzes kann aus Menschen binnen Jahresfrist Arme machen, wenn es ihnen nicht gelingt sich erneut auf dem Arbeitsmarkt zu platzieren oder sie über Vermögen oder sonstige Rücklagen verfügen, die aber irgendwann verbraucht sind.

Der Weg von der Mittelschicht in die Neue Unterschicht ist nicht mehr allzu lang.

Das Soziale durchlebt derzeit einen tief greifenden Wandel: ein fest verwurzeltens Verständnis über seine Inhalte, die sich über ein Jahrhundert hinweg gebildet haben, bröckelt und macht schlagartig neuen Modellen Platz.

Während es auf supranationaler Ebene soeben erst begründet wird, im Kontext von OECD, WHO, UN und EU entstehen immer mehr sozialpolitische Maßnahmen, wird es auf staatlicher Ebene völlig neu geregelt.

Die Gründe hierfür sind bekannt: Nationalökonomien und damit nationale Sozialstaaten sind im Kontext der Globalisierung zunehmend überflüssiger und machtloser.

In diesen Veränderungsprozessen gewinnen zudem bisher vernachlässigte Dimensionen des Sozialen eine neue und größer werdende Bedeutung: Die Wiederkehr der Gemeinschaften, der Verantwortung für einander in kleineren Einheiten, wird neu diskutiert.

Darin erfahren aber auch Institutionen wie bspw. Kirchen eine neue Bedeutung in ihrer unleugbaren Verantwortlichkeit für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Suppenküche und Protest befinden sich in diesen Entwicklungen in einer ungeheuren Nähe: zum einen sind die Ersteren die notwendige Reaktion auf Regelsätze, die das Existenzminimum nicht mehr decken, damit sind auch sie Protest;

zum anderen wäre Protest, organisierter und konstruktiver Protest, eigentlich eine angemessene Reaktion.

Doch der Reihe nach.

Zur Verdeutlichung dieser These, die ja eine Aufgabenstellung beinhaltet, will ich mit Ihnen folgende Schritte gehen:

1. Wie dramatisch ist die Situation der Menschen in diesem Land?
2. Was heißt es eigentlich, wenn wir von einem aktivierenden Sozialstaat reden, gar einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel diagnostizieren?
3. Welches Menschenbild prägt die Debatte?
4. Was meint die provokante Gegenüberstellung von Suppenküche und Protest?
5. Bausteine des Protests!

1. Wie dramatisch ist die Situation der Menschen in diesem Land?

Zahlen zur Armut

Was aber verbirgt sich hinter diesen Zahlen? Es sind Menschen, die immer mehr aus der Gesellschaft ausgegliedert werden. Es bildet sich derzeit eine Neue Unterklasse, eine neue Unterschicht, die sozial und räumlich an den Rand gedrängt wird.

Dies wird durch die Reformen am Arbeitsmarkt und die damit zusammen hängenden weiteren Verschärfungen sowie durch zunehmende subjektive Risiken radikal beschleunigt. Nach einem Arbeitsplatzverlust beginnt ein „Countdown“ von 365 Tagen, nach dessen Ablauf steht ein mitunter radikaler Absturz in das untere Segment der Gesellschaft, in Armut und Ausgrenzung, und allen damit verbundenen weiteren Abstiegsprozessen bevor.

Weitere Umbauprozesse bzw. Rücknahmen sozialpolitischer Leistungen werden die Gesellschaft noch tiefer spalten; ich denke da an die wieder aufgeflamte Diskussion über die bisher noch solidarisch gestaltete Unfallversicherung.

Neben einem stetig wachsenden Segment des Wohlstands gibt es eine ebenfalls wachsende Unterschicht, die sich mit Billiglöhnen, Ein-Euro-Jobs oder einer Alimentierung unterhalb des Existenzminimums zufrieden geben muss.

Dass die Regelsätze das Existenzminimum abbilden ist dabei eine Mär, die schon mehrfach widerlegt wurde

- Eine Studie der Parität hat dies gezeigt.
- Ein Zeit-Artikel zur Absenkung der Sozialhilfe hat schon im Dezember darauf hingewiesen, dass man, wie auch immer, auf einen Regelsatz kommen wollte, der genau der jetzigen Höhe entspricht.

Es geht nicht wirklich um die Abdeckung des Existenzminimums, es geht um einen politisch opportunen Betrag, der auf Dauer zur weiteren Absenkung der Sozialhilfe führen wird.

Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern und Almosen werden so aber wieder zum Normalvollzug sozialer Unterstützung.

Eigentlich müsste das einen umfassenden Protest der Gesellschaft hervorrufen. Doch die dafür notwendige Solidarität schwindet in einer Zeit, die immer mehr Risiken individualisiert und das Recht des Stärkeren wieder einführt.

Früher hieß es einmal „nur Stämme werden überleben“, also Solidarität und gegenseitige Unterstützung, heute heißt es schon fast wieder: nur der Leistungsfähige und Starke hat noch Chancen, nur er ist noch von gesellschaftlichem Interesse.

Zwischen den wachsenden Segmenten am oberen und unteren Rand der Gesellschaft windet sich nämlich eine zunehmend abschmelzende Mittelschicht, die entweder in einer permanenten Angst vor dem Abstieg lebt oder aber mit allen Mitteln versucht zum Wohlstandssegment aufzusteigen; eben leistungsfähig und stark zu sein.

Das aber entsolidarisiert die Gesellschaft.

Während die einen zu verwertbaren Leistungsträgern aufsteigen, die einen Nutzen für die Gesellschaft darstellen, sinken die Anderen ab und verursachen nur noch Kosten. Diese Kosten nun will man minimieren und dabei die Gesellschaft neu sortieren.

2. Was heißt es eigentlich, wenn wir von einem aktivierenden Sozialstaat reden, gar einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel diagnostizieren?

Das uns umgebende Soziale, der Sozialstaat, der eine von politischen Leidenschaften hoch besetzte Erfindung der Geschichte ist, scheint sich aufzulösen oder gar zu verschwinden. Dass dies Soziale keine zeitlose Existenzform menschlicher Solidarität ist zeigt sich derzeit in aller Radikalität.

Wir müssen uns deshalb noch einmal kurz vergegenwärtigen was derzeit wirklich passiert; was verbirgt sich also hinter diesem schwierigen Begriff eines „sozialpolitischen Paradigmenwechsels“?

Der Sozialstaat wurde bis vor kurzem verstanden als institutioneller Ausdruck der Übernahme von Verantwortung einer Gesellschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder, dies ist in seiner allgemeinen Form im übrigen noch immer im Grundgesetz der BRD geregelt.

Diese Verantwortungsübernahme durch den Staat war bisher darauf angelegt, Bürger vor Armut und Not durch die Garantie eines Existenzminimums zu schützen, sie gegen Wechselfälle des Lebens oder Risiken infolge von Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu sichern und soziale Ungleichheit zu verringern. Der Sozialstaat war notwendigerweise Verteilungs- und Umverteilungsstaat.

Das ändert sich grundlegend.

Nicht mehr der Staat sieht sich in der Verantwortung, er will nur noch die Randbedingungen dafür schaffen, dass der Einzelne nun seine Verantwortung für sich selbst übernehmen kann. Hierzu will der Staat aktivieren - damit unterstellt er zugleich, dass die Menschen zuvor passiv waren.

Sicher, es hat sie gegeben, die in der „Hängematte lagen, das ist durchaus bekannt, doch es waren immer nur wenige Prozent der tatsächlich Bedürftigen.

Es hat auch jene gegeben, die durch die Hilfe des Staates eine Versorgungsmentalität ausbildeten und abhängig von dieser Versorgung wurden, damit ihre Selbstverantwortung verloren.

Diese Probleme hätte man aber anders angehen können, wären sie es denn gewesen, die den Paradigmenwechsel auslösten.

Dieser Paradigmenwechsel hat einen völlig anderen Hintergrund: er will eine neue Gesellschaft.

Dafür werden zunächst zwei Bedingungen angeführt, die das erforderlich machen.

- > Zum einen schwindet angeblich die öffentliche Legitimität sozialstaatlicher Arrangements, wenn Nutzer dieser Leistungen eine rationale Kalkulation eigener Handlungsschritte und deren Kosten vernachlässigen. Das ist allerdings eine Behauptung, die nur mit einem Wandel im Menschenbild erklärbar ist, den ich noch ausführlicher diskutieren werde.
- > Zum anderen verschlechtern sich tatsächlich die Voraussetzungen für den sozialen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft; die Bevölkerung schrumpft, der Arbeitsmarkt wächst nicht mehr, die Steuereinnahmen gehen zurück.

Eine dadurch erforderlich gewordene noch stärkere Umverteilung schien den politisch Verantwortlichen kaum noch durchsetzbar zu sein. Statt dessen gibt man nun das Ziel einer sozialen Integration als gesellschaftliche Aufgabe auf und verlagert diese in das Subjekt.

Es entsteht so eine neue Form der Integration, für die zunächst einmal jeder für sich verantwortlich ist und auf einer zweiten Ebene Gemeinschaften diese Aufgaben übernehmen müssen.

Damit aber verschwindet die Idee einer solidarischen Gesellschaft hinter der Vorstellung, dass der einzelne Akteur zum Planungsbüro in eigener Sache wird, sich um Absicherung seiner Risiken durch eine entsprechende Vorsorge selbst bemüht.

Der Staat zieht sich zurück und überlässt das Feld den Menschen, die zu Unternehmern ihrer Selbst werden sollen.

- > In einer solchen Gesellschaft überleben aber nur die Stärksten und Brutalsten, Solidarität wird im Haifischbecken zerfleischt.
- > Den Armen bleibt die Suppenküche, während die Reichen ihre Fischzüge feiern.
- > Letztlich wird dadurch die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens.

Hier nun werden die Aktivierungsabsichten staatlicher Politik erst wirklich verständlich.

- > Sie zielen auf alle jene, die sich nicht rational und kalkulierend verhalten, die noch keine Unternehmer ihrer Selbst sind. Man will sie daher hierzu motivieren, sie aktivieren, indem man sie fordert. Man will sie umerziehen! Man will ihre Selbstverantwortung befördern.

Hartz IV als Trainings-Programm!

Diese Aktivierungsstrategien sollen den Menschen ihr rationales Eigenverständnis als „Selbstversorgersubjekte“ entwickeln helfen; darin geht es um eine Neu-Steuerung der Verhaltensweisen von Menschen.

Sorgte bisher der Staat für seine Mitglieder durch die Absicherung von Risiken, sollen nun diese Gesellschaftsmitglieder ihre eigene Selbstsorge mobilisieren.

Wer das allerdings nicht kann, wer sich nicht als Unternehmer seiner selbst entfalten kann, dem bleibt lediglich eine Grundversorgung, die nicht dem Existenzminimum entsprechen muss, und dabei wächst die Bedeutung der Suppenküche als Notversorgung.

Es wird wenig nach Gründen gefragt, weshalb Menschen diese Verhaltensweise nicht entwickelt haben bzw. nicht entwickeln können.

Da jeder zukünftig selbst verantwortlich ist, ist er auch schuld daran, wenn ihm genau das, aus welchen Gründen auch immer, nicht gelingt. Immerhin gelten neuerdings wieder Verwahrlosung, Unwissenheit und Faulheit als jene großen Plagen, die zu Armut führen.

Diesen Plagen will man mit Mitteln einer neu entstehenden Kontrollgesellschaft begegnen, zu denen Hartz IV und viele weitere Maßnahmen zu zählen sind:

- Überwachung, Fordern, Strafe, Sanktion, Zwang, Separation, sowie Prozesse einer kontinuierlichen Verhaltensmodulation, die zu neuen Methoden einer speziellen Fürsorgen führen.

Auf der einen Seite sind das Suppenküchen, die zur Versorgung jener werden, bei denen nichts mehr geht, bei denen sich nichts mehr fordern und fördern lässt.

Auf der anderen Seite geht es in der Politik und in der Sozialen Arbeit vorrangig um das Training Einzelner, um sie zur Steuerung ihres riskanten Verhaltens zu erziehen.

Letztere sind jene, bei denen es noch Hoffnung gibt, dass sie sich so entwickeln, wie es von ihnen erwartet wird, dass sie sich integrieren wollen und können.

Die Aktivierungsstrategie zielt eben auf das Bild des eigennützigen und kapitalistischen Unternehmers, das damit gesellschaftlich verallgemeinert zum generell gültigen Menschenbild wird:

- Die kapitalistische Rationalität setzt sich als allgemeine Verhaltensanweisung durch. Jeder kämpft für sich und ist so nur noch an seiner eigenen Wohlfahrt interessiert.

3. Welches Menschenbild prägt die Debatte?

Der zentrale Gedanke dieses Modells ist der Mensch als ein rationaler Egoist, der seine partikularen Zielsetzungen managt und dabei seinen Eigeninteressen verpflichtet ist. Darin liegt zwar auch ein Stück Hoffnung, dass sich aus den Interessenskämpfen letztlich doch ein Allgemeinwohl ergebe - über den Status einer These ist dies aber bisher nicht hinaus gekommen.

Letztlich ist diese Vorstellung des „*homo oeconomicus*“ eine eng geführte und somit auch unzureichende Konzeption des Menschen. Dennoch prägt sie die gegenwärtige Debatte in entscheidender Weise und ist zentrale Philosophie des Paradigmenwechsels in der Sozialpolitik.

- > Sie spaltet die Gesellschaft in nützliche und nutzlose Mitglieder.

Nicht ohne Zynismus hat die Sozialwissenschaft bereits vor einigen Jahren im Zusammenhang mit den Debatten über eine Neue Unterschicht den Begriff der „Überflüssigen“ geprägt:

- > Es sind Menschen, die eingeschränkt oder auch gar nicht mehr leistungsfähig sind, im Sinne einer Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft, und so nur noch Kosten verursachen.

Dieser Zynismus macht Sinn, wenn man den Blick auf gegenwärtige Praktiken richtet.

- I. Im Profiling des Fallmanagement wird speziell für jüngere Menschen überprüft, inwieweit diese überhaupt die persönlichen Voraussetzungen, von den Fähigkeiten und vom Verhalten her, mitbringen, damit sich ein Engagement der Bundesagentur zur Platzierung des Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt lohnt. So etwas nennt man Outputorientierung der Maßnahmen. Inwieweit dies bereits auf alle Arbeitslosen ausgeweitet wurde entzieht sich derzeit meiner Kenntnis.

- II. Sanktionen beim ALG II können auch bei nicht angemessenem Verhalten ausgesprochen werden.
- III. Die Praxis der Ein-Euro-Jobs kann auch dahingehend interpretiert, dass hier noch das letzte Stück Arbeitskraft verwertet werden soll. Damit können eingesetzte Kosten zur Alimentierung zumindest ansatzweise refinanziert oder zumindest ökonomisch legitimiert werden.
- IV. Es findet über das Kriterium „arbeitsfähig“ zudem eine Spaltung der Neuen Unterschichten statt:
 - auf der einen Seite jene, die eben als arbeitsfähig gelten und somit zugleich, neben finanziellen Leistungen, eine ganze Palette an Fördermaßnahmen erhalten, so auch Ein-Euro-Jobs zur Förderung und Qualifizierung der Arbeitsleistungen,
 - auf der anderen Seite jene, die eben als nicht mehr arbeitsfähig sind und so außer Sozialhilfe kaum noch Förderung erhalten. Während die ersteren noch als verwertbar gesehen werden, gelten die anderen quasi als aufgegeben, als überflüssig.

Dieses Modell haben zwar die Kommunen derzeit etwas durcheinander gewirbelt, indem sie in ökonomischer Eigennützigkeit Rentner, Kranke oder gar Komatöse zu Arbeitsfähigen stempelten; es wird aber sicherlich nach einer gewissen Übergangszeit in der angedachten Konzeption umgesetzt.

Diese Spaltung der Gesellschaft führt in klarer Konsequenz an ihrem unteren Ende eben zu einer weiteren Spaltung:

- > in am Arbeitsmarkt verwertbare, die Leistungen erhalten,
- > und in jene, die ökonomisch betrachtet nicht mehr verwertbar scheinen.

Für die letzteren bleibt dann die Suppenküche, die caritative Grund- und Notversorgung.

Das alles ist eine Verkürzung mit dem Zweck die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens zu machen und ruht auf einer völlig unzureichenden Charakterisierung des Menschen, nämlich eines am Eigennutz orientierten, rational kalkulierenden und als Unternehmer seiner selbst agierenden Subjekts.

Es ist eine Verkürzung mit dem Zweck die Ökonomie und deren Profiteure zur alleinigen Nutznießerin gesellschaftlichen Lebens zu machen.

4. Was meint die provokante Gegenüberstellung von Suppenküche und Protest?

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammer, kostenloses Mittagessen für Kinder, Arbeitslosenfrühstücks, Restaurants des Herzens und viele weitere Instanzen der caritativen Notversorgung sozial Ausgegrenzter sind derzeit erforderlich. Daran gibt es gar keinen Zweifel, doch es ist nicht alles, und es muss in seiner Logik verstanden werden.

Dieses neue Management des Elends, wie ich es einmal nennen möchte, bedient eigentlich nur das schlechte Gewissen, wie es die Almosenpraxis seit dem frühen Mittelalter schon immer tat:

- > Es ist das Almosen, das der Reiche gibt, um auch weiterhin in seinem Reichtum schlemmen zu können.
- > Der Arme wird allmählich wieder zur notwendigen Entlastung des Reichen.
- > Durch den Ausbau des Sozialstaats überholt geglaubte Praktiken kehren langsam wieder.

Das symbolisiere ich einmal mit Suppenküche.

Das Fatale daran ist, dass Suppenküchen einerseits tatsächlich notwendig sind, dass sie andererseits aber auch das Elend fest schreiben, es nur noch verwalten, das Elend jener, die in ihrer Marginalisierung eingesperrt sind.

Doch neben der Notwendigkeit von Suppenküche ist Protest angesagt;

- > Protest gegen das verkürzte Menschenbild,
- > Protest gegen ausgrenzende Praktiken,
- > Protest gegen die Reduktion der Versorgung auf Suppenküchenniveau,
- > Protest gegen das reine Management des Elends.

Doch ich sehe keinen wirklichen und ernsthaften Protest. Ich lese kluge Äußerungen von Politikern oder Kollegen, ich höre Gewerkschaftler, ich höre auch hier und da Vertreter der Kirchen, ich weiß von der Verzweiflung der Menschen, die von HARTZ IV betroffen sind.

Doch dieser vereinzelte Protest findet nicht zusammen, er bleibt isoliert, individuell oder dient politischem und taktischem Kalkül.

Die Menschen, die sich als Betroffene zwischen Suppenküche und Protest befinden, sind letztlich froh, dass es die Suppenküche gibt.

Die Menschen die Protest organisieren könnten, sind schließlich auch froh, dass es die Suppenküche gibt, die noch schlimmeres verhindern.

Doch die Verzweiflung und die Angst der Suppenküchennutzer sollte zum Protest gebündelt werden, es sollte eine gesellschaftliche Diskussion über die Konsequenzen der anderen Gesellschaft geführt werden, die sich derzeit abzeichnet und die nur noch von Wirtschaftsinteressen geprägt sein wird.

Diesem kann man eine lange Tradition der Aufklärung, des Humanismus und des Christentums entgegen halten.

Lassen Sie mich hierzu zwei Bausteine anbieten - zunächst einen für vehemente Debatten um öffentliche Güter.

5. Bausteine des Protestes

Der Mensch lässt sich nur schwerlich auf die Konzeption des Eigeninteresses festlegen, er bewegt sich vielmehr zwischen unterschiedlichen Graden von Verpflichtungen und kulturellen Einbindungen.

- > Er ist ein prinzipiell soziales Wesen und pendelt zwischen Egoismus und Altruismus - das lehren uns alle seitherigen Anthropologien der Moderne.
- > Der Mensch ist nur als ein offenes Projekt zu begreifen.

Es ist sein Streben, das den Menschen prägt: die Bewältigung von Sorge und Leid, die Suche nach einer Ausweitung der Optionen und Verwirklichungschancen, die Bewältigung der Randständigkeit, der Wunsch nach einem gelingenderen Alltag.

- Noch die prekärste und düsterste Situation hat in sich immer einen Funken Hoffnung, wenn man den Menschen als offen für Entwicklungen begreift!

Wir müssen deshalb wieder stärker die Dimension der Anerkennung und Achtung als Maximen unseres Handelns entwickeln.

Achtung gegenüber einem Anderen ist die Vorstellung von einem Werte, „der meiner Selbstliebe Abbruch tut“.

Wer einen Menschen achtet, der räumt diesem einen Wert und einen Platz ein, der nicht nur die Quelle legitimer Ansprüche darstellt, sondern auch die eigene Position relativiert, sich in eigenen, egoistischen Perspektiven und Ansprüchen zurück nimmt.

Das anerkennende Subjekt ist zukünftig bereit, dem geachteten Menschen moralische Autorität zu verleihen und es gemäß seinem Wert zu behandeln.

Wenn wir Menschen achten gehen wir prinzipiell davon aus, dass sie auch fähig sind ihr Leben zu gestalten.

Ein Blick auf die Arbeiten von Martha Nussbaum und Amartya Sen zeigt, dass Achtung und Anerkennung immer auch meint, Menschen Räume zu öffnen, in denen diese ihre Fähigkeiten entwickeln und einsetzen können.

In einem Guten Leben, wie es Nussbaum beschreibt, muss die Beförderung jener Tätigkeiten und Fähigkeiten möglich sein, ohne die ein Leben zu viele Defizite bergen würde. Zu diesen zählen bspw.:

- Ein volles Menschenleben bis zum Ende zu führen
- Eine gute Gesundheit, eine angemessene Ernährung, eine angemessene Unterkunft, Möglichkeiten der Sexualität, Möglichkeiten der Mobilität
- Die Verbundenheit mit anderen Menschen, familiäre und soziale Beziehungen
- lachen, spielen und Freude haben

Staatlich-gesellschaftliche Ordnung muss deshalb die Menschen in der Entfaltung ihrer Tätigkeiten und Fähigkeiten unterstützen; es müssen Chancen und Optionen für alle bestehen, entsprechend ihrer Fähigkeiten eine gute Lebensführung zu leben, und zwar ein ganzes Leben lang.

Dies kann nur durch eine präventive Strategie geschehen, die nicht wartet, bis es den Menschen schlecht geht; zu diesen Strategien, die auch als öffentliche Güter diskutiert werden, zählen:

- > eine humanistische Erziehung, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Sicherheit für Leben und Besitz aber auch gesunde Luft und gesundes Wasser, ausreichende Ernährung und Unterkunft, Schutz vor tätlichen Angriffen, Schutz der Künste und der Wissenschaften, Gewährleistung von Entscheidungsfreiheit, Erholungsmöglichkeiten, Schutz einer unantastbaren Sphäre.

Es geht darum den Menschen eine Chance zu eigenständiger Entwicklung zu ermöglichen, die immer auch eine offene Entwicklung ist.

Wir täten deshalb gut daran, die Erfahrungen mit eigenständiger Entwicklung aus Afrika oder Lateinamerika in unserem Lande und für unser Land zu nutzen. Schnell würde uns wieder bewusst, dass es eine lange Praxis der Befreiung gab, insbesondere in Lateinamerika, an der auch die Kirche mit gestaltet haben.

Dies ist ein Baustein. Ich komme zu einem zweiten, der eher handlungsorientiert ist.

Natürlich dürfen wir neben der Bedeutung sozialstaatlicher Rahmungen nicht übersehen, dass die bisherige Vergabepaxis von Hilfe mitunter auch eine einschläfernde Wirkung auf die Subjekte hatte; sie ließ durchaus eine Selbstversorgermentalität wachsen und machte so auch Menschen abhängig von Hilfe und von Almosen. Doch das gilt doppelt; es galt bisher und es gilt, die Praxis der Suppenküchen reflektierend, jetzt erst recht.

In dem neuen Paradigma der Verantwortung liegt jenseits des verkürzten Menschenbildes, auch eine Chance: nämlich Leben in Selbstgestaltung zu entwickeln.

In diesem Bild der Verantwortung wird nämlich auch ein Netzwerk gezeichnet, in dem jeder in eine Vielzahl von Beziehungen eingebunden ist: Familie, Nachbarschaft, soziale Gemeinschaft, Kollegen.

Es kann nun, und das liegt in unserer Verantwortung, in diesem Netzwerk ein neues Beziehungsgeflecht wechselseitiger Verpflichtungen konstituiert werden, das hilft und unterstützt, fördert und aktiviert.

Wenn der Staat sich zurückzieht, die Verantwortung auf das Subjekt überträgt, dann wächst eben die Bedeutung der dazwischen gelagerten Ebene.

> Das ist die Gemeinschaft, das ist die Community, das sind aber auch intermediäre Organisationen, die NGO's, und zu diesen zählen auch die Kirche, die Kirchengemeinden, die Basisgemeinden.

Durch Aufbau und Entwicklung verantwortlich handelnder Gemeinschaften, in denen jeder bereit sein sollte, sich selbst einzubringen, kann das Soziale auf einer mittleren Ebene erneuert und soziale Gerechtigkeit wieder maximiert werden.

- > In der Community ist das Subjekt dabei sowohl sich selbst verantwortlich als auch auf soziale Bindungen verwiesen.
- > Communities können so jenen Menschen helfen, die in ihrer Eigenverantwortung nur eingeschränkt handlungsfähig sind.

Kirchen nun können, und das wäre das Zentrum des zweiten Bausteins, in ihren Basisgemeinden an diesen unterstützenden communities bauen, sie können sich vor Ort einmischen und Aktivierung befördern, sie können dabei aber auch immer wieder zum Garanten der Menschlichkeit werden.

Es geht nämlich auch darum communities gegen das ökonomische Kalkül kalkulatorischer Verwertbarkeit menschlicher Leistungsfähigkeit zu inszenieren.

Schluss

Heiner Geißler, ein ehemaliger Sozialminister der Republik, hat kürzlich ein kleines Bändchen vorgelegt: Was würde Jesus heute sagen? Darin lesen wir zur Debatte über Menschenbilder und Nächstenliebe, also Unterstützung: „Der Mensch ist ein Sozialwesen. Er kann ohne andere Menschen nicht leben. ... In einem modernen Industriestaat zeigt sich Nächstenliebe nicht mehr allein in Lazaretten und warmen Suppen. Für 80 Millionen Menschen sind auch soziale Sicherungssysteme nötig, Absicherung der Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und ein soziales Arbeitsrecht mit Kündigungsschutz. Dieses Menschenbild ist ein großes Versprechen, das auch eingelöst werden muß... Die Forderung der Nächstenliebe ist ... der revolutionäre Kern der evangelische Botschaft" (Geißler 2004, 28/28)

Am Ende seines Buches verweist er deshalb auf jene Endzeitrede, die Jesus zwei Tage vor dem Passahfest im Tempel von Jerusalem gehalten hat und dabei den politischen Inhalt seiner Botschaft zusammen fasste. Die eine Hälfte richtet sich dabei an diejenigen, die es gut gemacht, die zweite Hälfte an diejenigen, die es schlecht gemacht haben. Denen, die es gut gemacht haben, sagt er:

„Kommt her, ihr seid von Gott gesegnet, denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt, und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank, und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen.“

Auf die Frage seiner Mitstreiter, wann sie das alles getan haben sollen, sagt er schlicht:

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Daraus lässt sich, aus christlicher aber auch aus weltlicher Sicht, die Praxis der Suppenküchen ableiten, aber auch die Notwendigkeit zum Protest in einer Welt, in der Suppenküchen nur noch eine Notversorgung darstellen und es eigentlich um die Würde, die Achtung und die Anerkennung der Anderen als Menschen geht.

Sowohl Suppenküche als auch Protest sind erforderlich in einer Zeit, die den Primat der Ökonomie und das Recht der Profiteure betont.

Gerade die Kirche sollte deshalb wieder deutlicher an der Seite der Armen stehen und eindeutig Stellung beziehen.

**Beschluss der Landessynode zum Schwerpunktthema:
„Die sozialen Herausforderungen der Gegenwart – Konsequenzen für
die Kirche und ihre soziale Arbeit“**

Die Landessynode hat am 9. April 2005 auf Antrag des Ausschusses für Katechetik und Jugendfragen beschlossen:

Angesichts der sozialen Herausforderungen der Gegenwart unterstreicht die Synode, dass die Offene und sozialdiakonische Arbeit ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit unserer Landeskirche ist, der einen wichtigen, wachsenden und missionarischen Stellenwert hat.

Die Synode bittet die Kreissynoden und diakonischen Träger, die Einrichtungen der Offenen und sozialdiakonischen Arbeit mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu erhalten. Die Synode beauftragt die Evangelische Jugend in Thüringen, eine Evaluation der Offenen und sozialdiakonischen Arbeit in der ELKTh durchzuführen.

Begründung:

Der Abbau von Offenen und sozialdiakonischen Einrichtungen in der ELKTh ist besorgniserregend. Aufgrund der finanziellen Kürzungen und Unsicherheiten bei der gesetzlich vorgegebenen Förderung solcher Einrichtungen haben in der letzten Zeit kirchliche Träger solche Einrichtungen geschlossen bzw. planen dieses.

Dabei werden u. E. die Möglichkeiten, die gesetzlich vorgesehen sind, bei entsprechenden Verhandlungen mit den Landkreisen und Kommunen nicht ausgeschöpft oder es kommt gar nicht erst zu solchen.

Schon von jeher hat die Offene und sozialdiakonische Arbeit mit ihrem missionarischen und sozialdiakonischen Auftrag als eine Konsequenz für die Kirche und ihre soziale Verantwortung einen hohen Stellenwert.

„Sie ist Verkündigung des Evangeliums durch die Tat und steht als solche gleichberechtigt neben der Verkündigung des Wortes. In beiden Gestalten, in Wort und Tat, kommt Gottes Liebe zu jedem einzelnen Menschen zum Ausdruck.

Jesus Christus spricht: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will euch erquicken.“

Offene Arbeit bietet Kindern und Jugendlichen, die aufgrund des familiären und gesellschaftlichen Kontextes zu wenig Unterstützung für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit erfahren, Räume, in denen sie sich angenommen fühlen und Orientierung wie auch ganz praktische Hilfe für ihr Leben finden können. Insofern geht es in der Offenen Arbeit um Unterstützung für ein gelingendes Leben, um eine für die Gesellschaft erkennbare Verbindung von Evangelium und der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen.

Kirche nimmt hier soziale Verantwortung wahr und dies nicht selten dort, wo sich der Staat eben genau dieser Verantwortung entzogen hat und dabei ist, sich dieser Verantwortung zu entziehen. Auf dem Hintergrund der aktuell politischen Ereignisse in unserem Land wie der steigenden Sympathie für rechtsnationale Gedanken, der oft anzutreffenden Trostlosigkeit in besonders strukturschwachen Gebieten, dem Schließen der Schulen und Kindergärten und vieles andere mehr ist es Aufgabe kirchlicher Verkündigung, neben die Worte des Evangeliums auch die Taten der Nächstenliebe zu setzen. So spricht in der Annahme der Ruhelosen, der Suchenden und Gebückten Gottes Evangelium besonders zu der nachwachsenden Generation.

Eine solche am Menschen orientierte Arbeit kostet Kraft, der wir uns um unserer Glaubwürdigkeit willen nicht entziehen dürfen. Dafür braucht es einen langen Atem und die Bereitschaft, auch Durststrecken, finanzielle wie mentale, zu überwinden. Es steht uns als Kirche gut zu Gesicht, gegen den Strom politischer Entscheidungen eben nicht dort zu fehlen, wo Hilfe am nötigsten ist. Die Schließung von mehreren kirchlichen Einrichtungen in den vergangenen 12 Monaten hat nicht nur für die Kinder und Jugendlichen fatale Folgen. Die Offene Arbeit ist ein wesentliches Samenkorn in der Saat auf Gottes Acker. Vor den Schwierigkeiten, die hier liegen, dürfen wir nicht die Augen verschließen, aber es sind Schwierigkeiten, die mit Phantasie, mit Vertrauen und letztlich auch durch einen gezielten Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen zu meistern sind. Wir werden nicht umhin kommen, uns die Frage nach der Priorität dieser Arbeit zu stellen und diese dann auch zu beantworten.

Ich wünsche uns allen miteinander und den Mitarbeitenden in der Offenen Arbeit Kraft, Mut und Ausdauer für die nicht leichten, aber sehr lohnenden Wegstrecken in der Zukunft.“

(Zitat von Bischof Axel Noack (Vorwort zum Evaluationsbericht der Offenen Arbeit der KPS))

Leitbild Kirchenkreissozialarbeit

Wir sind Kirche

Wir sind Teil der Kirche, gemeinsam unterwegs in der Nachfolge Jesu Christi.
Wir machen Kirche für Menschen durch unsere Arbeit erlebbar.
Wir sind offen für alle Menschen.
Wir vertrauen auf die Kraft lebendiger Begegnung.

Wir achten die Würde jedes Menschen

Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes - der Liebe bedürftig und zur Liebe fähig.
Von diesem Verständnis her sehen wir Versagen und Gelingen in der Geschichte
und schärfen den Blick für Gegenwart und Zukunft.
So nehmen wir Unrecht wahr, das Menschen geschieht. Wir verstehen uns als ihr
Partner und Anwalt.
Dazu brauchen wir Einfühlungsvermögen, Mut zur Veränderung und Zivilcourage.
Dabei helfen uns christliche Gemeinschaft, Wertschätzung, Unterstützung und gute
Arbeitsbedingungen.

Wir sind eine Dienstgemeinschaft

Wir praktizieren Dienstgemeinschaft in den verschiedenen Bereichen unserer täglichen
Arbeit:

- durch fachliche Kooperation und Austausch,
- zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen,
- in gegenseitiger Akzeptanz und Wertschätzung,
- durch lebendigen Glauben, in Offenheit und Transparenz.

Dazu brauchen wir klare und verlässliche Strukturen und unsere Beteiligung an ihrer
Weiterentwicklung.

Wir verschaffen Gehör

Wir sehen, was Menschen Not macht.
Wir suchen gemeinsame Wege.
Wir zeigen Ursachen auf.
Wir bleiben nicht stumm.
Wir mischen uns ein.
Wir mobilisieren Kräfte.
Wir sind solidarisch und suchen Verbündete.
Wir sensibilisieren kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit für soziale Probleme
der Region.
Wir halten fest an der Vision einer Gesellschaft, die Menschen nicht ausbeutet und
ausgrenzt.

erarbeitet im Juni 1999

vom Ev. Fachverband Kirchenkreissozialarbeit in Thüringen in Zusammenarbeit mit
Herrn Prof. Ulfrid Kleinert, Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Dresden
Herrn Peter Moll, Abt.-Leiter Zentrale Projektkoordination, Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

„Tu Deinen Mund auf für die Stummen und für die Sachen aller, die verlassen sind.“

Sprüche 31,8

Tee - Mobil

Diakonie - direkt Vorsorge - und Versorgungstour

für junge Menschen in besonders schwierigen Lebenssituationen
ohne, oder mit sehr geringem Einkommen

Der Arbeitskreis „Evangelische Jugendarbeit ABG“ nimmt vermehrt von Armut betroffene Jugendliche und junge Erwachsene wahr, die sich aus dem öffentlichen Raum ins Private, ins Verborgene zurückziehen. Häufig spielt dabei auch eine Sucht-/ Drogenkrankheit eine Rolle. Es handelt sich hierbei um junge Mitmenschen, die von einem auf die „Komm-Struktur“ ausgerichteten sozialen Hilfesystem kaum oder nicht mehr erreicht und wahrgenommen werden können. Wir erachten es als unbedingt notwendig und verstehen es als Lebensäußerung von kirchlich/diakonischer Arbeit, auf diese Entwicklung zu reagieren.

Im Jahr 2001 war es uns möglich einen Kleinbus anzuschaffen, und damit u.a. diese „Vorsorge - und Versorgungstouren“ zu Jugendlichen, jungen Erwachsenen und jungen Familien durchzuführen. Diese Touren werden gegenwärtig jeweils am letzten Wochenende des Monats von einem Mitarbeiter und Ehrenamtlichen realisiert. Eine kleine feste Gruppe Ehrenamtlicher unterstützt und begleitet dieses Projekt. Zur Zeit erreichen wir ca. 45 - 60 junge Menschen. Wir verteilen kostenlos: Brot und Backwaren, Obst und Gemüse, Milchprodukte usw., Hygieneartikel, Artikel und Informationen zur Gesundheitsvorsorge und darüber hinaus auch Tierfutter für die „Vierbeiner“ in den Wohnungen. Bei diesen Touren besteht immer auch die Möglichkeit, auf aktuelle Probleme einzugehen und notwendige Hilfskontakte aufrechtzuerhalten oder an andere Hilfsangebote weiterzuvermitteln. Dieses Projekt lässt sich nur durch Geld - und Sachspenden und anderer Unterstützung weiterführen.

Wir konnten von dieser Idee im Altenburger Land sozial engagierte Bürger begeistern und dazu veranlassen, sich am Gelingen der Tour zu beteiligen, weil sie nicht mehr länger der Verschlechterung der Lebens - und Ernährungssituation einer wachsenden Zahl von Mitmenschen zusehen möchten. Gerade bei Nahrungsmitteln regt sich in unserer Gesellschaft immer stärker das Gewissen gegen die ungezügelte Verschwendungssucht. Dass Lebensmittel in großen Mengen vernichtet werden, während andernorts Mangel herrscht, stößt vielfach auf Betroffenheit. Immer mehr Gemeindemitglieder und Bürger unseres Landkreises begrüßen daher die Touridee, um einen Beitrag zu einem Ausgleich zwischen dem Überfluss der einen und dem Mangel der anderen herbeizuführen. Die kärgliche, wenig vitamin- und abwechslungsreiche Ernährung vieler Bedürftiger zu ergänzen, ohne den Staat bei der Deckung des Grundbedarfs aus der Pflicht zu nehmen, ist für uns eine Angelegenheit, für die sich ein Engagement lohnt.

Ein Projekt der Mobilen Jugendarbeit der Kreisdiakoniestelle Altenburg
und des Arbeitskreises Evangelische Jugendarbeit im Landkreis ABG Land

Kontakt über:

Diakonie — Mobile Jugendsozialarbeit,
Tel./Fax.: 03447/31 60 60

Christoph Schmidt/ Gunter Starke,
E-Mail: accept.dks@gmx.de

Geraer Str. 46, 04600 Altenburg
www.diakonie-altenburg.de

Spendenkonto:

Kreisdiakoniestelle Altenburg,
Konto: 111 100 4516

Sparkasse Altenburger Land
Zweck: Tee-Mobil

BLZ: 830 502 00

Altenburger essen gemeinsam

Nunmehr zum achten Mal bittet der Arbeitskreis Evangelische Jugendarbeit im Altenburger Land, die Bürger Altenburgs zu Tisch.

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, begegnen sich vor dem Rathaus auf dem Altenburger Markt Menschen um gemeinsam zu essen.

Menschen denen es gut geht und Menschen denen es nicht so gut geht treffen hier aufeinander. Wer zusammen isst, kommt vielleicht auch ins Gespräch, zumindest nimmt man sich wahr, auch in aller Verschiedenheit.

Die Idee zum Essen auf dem Markt entwickelte sich in einem Gespräch des Arbeitskreises über die neue ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Altenburg im Jahre 2001, die eine repressive Ordnungspolitik im Bereich der Altenburger Innenstadt erwarten lies. Anfang des Jahres gerieten Jugendliche, die sich vorwiegend im Innenstadtbereich aufhielten zunehmend ins Blickfeld der lokalen Presse, waren vermehrt Personenkontrollen durch die Polizei ausgesetzt, die aus unserer Sicht nur bedingt unter Wahrung der gebotenen Verhältnismäßigkeit stattfanden.

Im April machte der Arbeitskreis mittels einer Performance (nachgestellte Personenkontrolle) und einem sich anschließenden Pressegespräch auf die sich abzeichnenden Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozesse aufmerksam.

Dem schlossen sich mehrere Gesprächsrunden mit Betroffenen und Verantwortungsträgern an. Im Laufe des Jahres zeichnete sich jedoch ab, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen werden sollte all jene, die nicht so recht ins Bild der Altenburger Innenstadt zu passen schienen vom Markt zu verweisen.

Im Oktober 2001 lud der Arbeitskreis zum ersten Male zum gemeinsamen Essen an einer damals noch recht kurzen Tafel auf dem Altenburger Markt ein, um ein Zeichen der Zusammengehörigkeit zu setzen.

Veranstaltet von den Mitgliedern des Arbeitskreises, unterstützt von weiteren diakonischen Einrichtungen, lokalen Sponsoren und der Stadtverwaltung Altenburg ist das gemeinsame Essen auf dem Markt für viele Altenburger zu einer festen Größe im Jahresverlauf geworden